

**1. Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2013 des  
Eigenbetriebes Betriebshof Ravensburg**

## **1. Allgemein**

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Betriebshofes findet u. a. die Verordnung des Innenministeriums (Eigenbetriebsverordnung) und das Gesetz über die Eigenbetriebe der Gemeinden in der jeweils aktuellen Fassung unmittelbar Anwendung. Die Unterlagen zum Jahresabschluss 2011 wurden am 26.04.2012 dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung zugesandt. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2011 fand am 19.11.2012 im Gemeinderat, die Vorberatung im Betriebsausschuss am 14.11.2012 statt. Der ausgewiesene Jahresgewinn beträgt 11.786 € und wurde entsprechend dem Beschlussvorschlag auf die neue Rechnung 2012 vorgetragen und mit den bisherigen Gewinnen und Verlusten saldiert. Die seit Gründung des Eigenbetriebs aufgelaufenen Ergebnisse saldieren sich zu einem Verlustvortrag per 31.12.2011 von 307.442,72 €.

Die Verpflichtungen aus laufenden Altersteilzeitverträgen belaufen sich zum Bilanzstichtag 31.12.2011 auf 283.289,00 €. Seit 2010 wurden wegen der weggefallenen Rechtsgrundlage keine weiteren Altersteilzeitverträge mehr abgeschlossen. Der Letzte Altersteilzeitvertrag läuft im Februar 2015 aus, somit sind zum Bilanzstichtag 31.12.2015 die Rückstellungen aus Altersteilzeitverträgen komplett aufgelöst.

## **2. Im Wirtschaftsplan 2013 hervorzuhebende Punkte**

### **2.1. Sparvorgaben im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, seit Ende 2009**

Bereits im Herbst 2009, d.h. zur Haushaltsplanerstellung 2010 wurde wegen des Rückganges bei den Einnahmen, in der Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, den Ämtern die Vorgabe gemacht, bei den Anmeldungen der Budgets äußerste Zurückhaltung zu üben. Desweiteren sollten von den Ämtern konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung eingebracht werden, die Vorschläge des Betriebshofs welche in Abstimmung mit den Auftraggebern und den Betroffenen vorgeschlagen wurden im Nachgang.

### **2.2. Umsetzungsstand der Vorschläge des Betriebshofs zur Haushaltskonsolidierung**

Die vom Betriebshof 2009/2010 gemachten Konsolidierungsvorschläge wurden alle, teilweise nach intensivster Beratung von der Verwaltungsspitze aufgenommen und zur Umsetzung vorgeschlagen.

Ende 2012 nach Fertigstellung der Ertüchtigung des Lagerplatzes Schubertstraße (verschiedene Nutzungen auf diesem Lagerplatz) sind die vorgeschlagenen Maßnahmen weitgehend umgesetzt.

Die Vorteile hinsichtlich der inneren, organisatorischen Abläufe wie auch der Einsparungen kommen sowohl dem Betriebshof und dessen Teams, als auch den auftraggebenden Ämtern zu Gute. Im Rahmen der turnusmäßigen Sitzungen des Betriebsausschusses wurde regelmäßig über den Umsetzungsstand dieser Maßnahmen und der organisatorischen Verbesserungen berichtet.

- **Einrichtung einer zentralen Grüngutannahmestelle** zur Sammlung und Verwertung des im Stadtgebiet vom Betriebshof eingesammelten Wertstoffes "Grüngutes" (wie z.B. Baum- und Hecken-schnitt). Durch die geänderte Verwertungsline (bis dato wurde Grüngut als Abfall deklariert und dadurch teuer entsorgt) konnten die Abfuhrkosten dieses energetisch verwertbaren Substanzen, von bisher fast 30 € auf 12 € je Tonne reduziert werden. Im Jahr konnten bei ca. 300 Tonnen Materialanfall, dadurch ca. 5000 € finanzwirksam im Budget eingespart werden. Zusätzlich können durch diese Ablaufoptimierung die bis zur Änderung teilweise langen Wartezeiten an der Waage des Entsorgers eingespart und somit sinnvoller genutzt werden. In der Summe beträgt das Einsparvolumen insgesamt ca. 20.000 €.
- **Errichtung einer zentralen Abfallannahme** zur Zwischenlagerung des im Stadtgebiet, bei der Stadtreinigung anfallenden Mülls (Siedlungsabfälle aus öffentlichen Abfallbehälter und dem Verkehrsraum und dem Kehrgut aus den eigenen und angemieteten Kehrmaschinen. Möglich wurde dieser Einsparungs- und Optimierungsvorschlag erst durch die Ertüchtigung des bisher weitgehend ungeordnet genutzten, jedoch zum Hauptsitz in der Goethestraße günstig gelegenen Lagerplatzes in der Schubertstraße. Durch die Umorganisation dieses Platzes, wurde die Möglichkeit geschaffen, die bisher teilweise in Wohngebieten (mit entsprechenden Störungen für die Bürger) dezentral aufgestellten 9 Müllcontainern mit wenig Fassungsvermögen und dadurch häufigem Leerungsintervall, (=hohe Kosten) aufzugeben. Als Ersatz wurde ein sogenannten Pressmüllcontainer (mit insgesamt 30<sup>m³</sup> Fassungsvermögen) angeschafft und auf diesem Gelände optimal platziert. Durch die Aufgabe der 9 dezentralen Containerstandorte, reduzierten sich die bis dahin über 400 Leerungsintervalle auf nun max. 15 – 20 Leerungen des Pressmüll-Containers im Jahr. Die Kosten reduzieren sich dadurch um über 20.000 € pro Jahr. Dieser zentrale Standort eröffnete erstmals die Möglichkeit, die Entsorgung der hier zwischengelagerten Abfälle und die Entsorgung und Aufbereitung des Kehrgutes nach VOL über auszuschreiben. Das Einsparvolumen allein durch den "Wettbewerb" beläuft sich auf insgesamt 25.000 €. Dieser Betrag kommt den jeweiligen Auftraggeberbudgets zu Gute. Durch die günstige Platzierung können wie beim vorgenannten Punkt auch hier unnötiger Wege- und Wartezeiten unserer Mitarbeiter eingespart werden.
- **Einsparmöglichkeiten im Rahmen intensivierter interkomm. Zusammenarbeit**  
 Im Rahmen des Ende 2010 in Ravensburg stattgefundenen Bauhofleitersprengels (von 25 Bauhöfen) wurde vereinbart, künftig dort wo es hinsichtlich der Randbedingungen Sinn macht, verstärkt gemeinsam Ausschreibungen nach VOL durchzuführen. Die Betriebsleiter der Bauhöfe waren sich einig, dass neben der Bündelung der damit zusammenhängender Aufgaben mit entsprechender Arbeitserleichterung der Betroffenen, sowie die durch höhere Massen stärkere Marktmacht und günstiger Einkaufspreise, dieses interkommunale

Projekt sehr interessant sein könnte. Auch die saubere und rechts-sichere Abbildung des Einkaufs größeren Volumens war ein griffiges und überzeugendes Argument hierfür.

Die bisher durchgeführten gemeinsamen Ausschreibungen und die daraus folgenden Ergebnisse und Arbeitserleichterung (vor allem in der Folge zur aufwändigeren Erarbeitung der Ausschreibungsgrundlagen) gaben den Beteiligten recht. In den zurückliegenden 3 Jahren waren dies gute Beispiele für Interkommunale Zusammenarbeit:

- Ausschreibungen Taumittelbezug (zuerst 2, dann 15 und aktuell 45 teilnehmende Städte, Kostenersparnis ca. 20 % gemessen an ursprünglichen Preisen,
- Ausschreibung Entsorgungsleistungen (versch. Materialien), Kehrleistung und Einlaufschachtentleerung (zwischen FN, Meckenbeuren, Weingarten, Biberach und Ravensburg), Kostenersparnis siehe Aufführung unter zentrale Grüngut- und Abfallannahme,  
sowie
- Ausschreibung über Bezug und Wartung von persönlicher Schutzkleidung (Projekt gemeinsam mit Biberach), keine Kosteneinsparung, Verbesserung hinsichtlich der Abläufe,

- **Ausbildung einer eigenen Fachkraft für Arbeitssicherheit (FASI)**

Der Betriebshof hat aus der langjährigen Erfahrung mit der Vergabe der FASI-Tätigkeit an ein externes Büro, den Vorschlag gemacht, einen geeigneten, motivierten und gut ausgebildeten jungen Mitarbeiter zur Fachkraft der Arbeitssicherheit auszubilden. Der Vorteil liegt vor allem bei der ständigen Zugriffsmöglichkeit auf die Fachkraft, was sich bei der externen Lösung auf 10 – 12 Tage im Jahr beschränkte, Einsparung der bisherigen Vergabekosten ca. 5.000 Euro.

- **Organisatorische Eingliederung der Stadtgärtnerei**

Dies war ein sehr weitreichender Konsolidierungsvorschlag, welcher sich positiv auf die betrieblichen Abläufe und die Entwicklung des Betriebshofs als ganze Organisationseinheit auswirkt hat und auswirken wird.

Die Verwaltungsspitze hat vor Projektstart festgelegt, die Entscheidung zur Eingliederung der Gärtnerei, von der positiven Beantwortung zentraler Fragen abhängig zu machen. Die entsprechende Entscheidung wurde am 19.07.2010 getroffen. In den Sitzungen des Betriebsausschusses wurde über Umsetzungsschritte, aber auch über die "Hürden" (Räumungsklage HM-Wohnung, Altlasten, Bodengutachten Schubertstraße usw.) berichtet.

Am 11.05.2011 wurde im Betriebsausschuss der Sachbeschluss gefasst, statt der ursprünglich geplanten Umsetzung des 17 Jahre alten Glasgewächshauses, der Anschaffung eines neuen, den aktuellen Sicherheits- und Energievorschriften entsprechenden Glasgewächshaus zuzustimmen.

Ein weiterer entscheidender Schritt bei der Eingliederung war, der Umzug von Personal und Maschinen im November 2011 in die neuen, für die Gärtner hergerichteten Räume in der Goethestraße.

Mit der entgeltigen Fertigstellung und Bezug des neuen Glasgewächshauses und der Inbetriebnahme des optimierten Lagerplatzes in der Schubertstraße im Oktober 2012, war der letzte Baustein der Eingliederung geschafft. Damit ist eine wirtschaftliche, teamübergreifende und zukunftsorientierte Nutzung möglich.

### **2.3. Restarbeiten Bauinvestitionsprogramm, Bau Salzhalle, Rückbau ehemaliges Gärtnereiareal und Abriss der alten Klärwerksgebäude Mariatal**

#### Restarbeiten Bauinvestitionsprogramm und Sanierung restl. Dachflächen:

Bedingt durch die zeitversetzten negativen Auswirkungen der Finanzkrise, mussten viele Bauprojekte, so auch die Sanierung der äußerst desolaten Dacheindeckung (Altlast) in der Goethestraße verschoben werden. Diese für den Erhalt der Bausubstanz unumgängliche Maßnahme konnte daher auch im Jahr 2011 und 2012 nicht vorgenommen werden. Für die Haushaltsanmeldung 2013 wurde vom Betriebshof der Antrag abermals eingebracht, diese Dachsanierung wieder in die Finanzplanung aufzunehmen. Es wurde in Aussicht gestellt, diese Maßnahme in den Finanzplan 2015 aufzunehmen. Wegen der Dringlichkeit und so es die städtische Finanzlage zulässt, könnte es sein, dass bereits 2014 mit der Sanierung begonnen wird. Ein Betrag von 200.000 € im Finanzplan der Stadt ist dafür eingeplant. Notwendig und mit den Jahren weniger aufschiebbar wird diese Maßnahme, durch den schlechten Allgemeinzustand und das Alter der Eterniteindeckung. Latent besteht die Gefahr, dass die maroden Dachflächen undicht und unter einer entsprechenden Schneelast eingedrückt werden, wodurch sich der Sanierungsaufwand für die Stadt enorm steigern würde. Der Energieverlust durch fehlende Dachdämmung sollte ebenfalls berücksichtigt werden. Vom Betriebshof wird vorgeschlagen diese Maßnahme in das Vorhabenprogramm der Stadt mit entsprechender Priorität aufzunehmen.

Die restlichen Fertigstellungsarbeiten an den Hofflächen, dem Carport und der Lagerempore in der Kombihalle konnten bereits Ende 2011 mit gutem Ergebnis abgeschlossen werden. Diese "Anlagen" sind entsprechend des Grundsatzbeschlusses in der Bilanz des Betriebshofs mit Nutzungsbeginn aktiviert worden, im Gegenzug wurde das städtische Gesellschafterdarlehen entsprechend angepasst.

#### Ehemaliges Gärtnereigelände am Parkhaus Raueneegg:

Am 25.06.2012 hat der Gemeinderat (Vorberatung im Werksausschuss) den Beschluss gefasst, dass die bisher von der Gärtnerei genutzten Räume im Untergeschoss des Parkhauses Raueneegg an die Stadt/Stadtwerke übertragen werden. Der bilanz- und ergebnisneutrale Ausgleich der Restbuchwerte wurde entsprechend des Eingliederungsbeschlusses vom Juli 2010 vorgenommen. Diese von der Gärtnerei freigemachten Räume und Fahrzeughalle können nun sinnvoll, da zentrumsnah, vom Rechts- und Ordnungsamt (Fundfahrräder) und zur Lagerung von Büromöbeln genutzt werden.

Die Räumung der Freifläche des Gärtnereiareals, der Pflanzen und dem Rückbau verschiedener Einrichtungen wurde durch den Betriebshof im Juli und August 2012 vorgenommen. In diesem Zeitraum konnte der Erwerber des Altgewächshauses mit dem Abbau des Glasgewächshauses beginnen. Der Käufer zeigte auch Interesse an dem mit 50 Jahre noch älteren Glashauss. Durch diesen „Verkauf“ konnten Kosten vermieden werden. Der Komplettabriss mit Entfernung der Keller, Fundamente, Leitungen, Hütten, Wegen, Randeinfassungen wurde im November abgeschlossen, die Fläche wurde von den Liegenschaften für die künftige Nutzung optimiert.

Gleichlautend zur Übertragung der von der Gärtnerei genutzten Räumlichkeiten im UG des Parkhauses Rauenegg, (Sozialräume und Werkstätten, Garagen) soll die Übertragung der Freiflächen zu den Anlagenbuchhaltungswerten des Betriebshof bilanzneutral zum 31.12.2012 vorgenommen (siehe separate Sitzungsvorlage) werden. Dieser buchhalterische Vollzug entspricht dem Grundsatzbeschluss zur Eingliederung der Gärtnerei der am 19.07.2010 vom Gemeinderat gefasst wurde.

#### Bau Salzhalle und Außenlager Mariatal:

Die Kläranlage mit den verschiedenen Gebäudeteilen, vermutlich um 1950 erstellt, wurde nach Erstellung des modernen Klärwerkes im Karrer und Umzug, seit ca. 1980 durch den Betriebshof, als Salz-, Splitt und Baustofflager genutzt.

Durch eine turnusmäßige Überprüfung der Brückenbauwerke in unmittelbarer Nähe zum Außenlager des Betriebshofs in Mariatal, wurden die bis Mitte der 70er Jahre als Kläranlage genutzte Anlagen und Klärwerksgebäude in Abstimmung mit dem Tiefbauamt, im Zeitraum Dezember 2011 bis Januar 2012, durch einen Bauwerksgutachter einer genaueren Überprüfung unterzogen.

Diese nähere Begutachtung ergab, dass alle Gebäude, v.a. aber die 2 Faultürme aus Beton und der Gasbehälter aus Stahl, ausgelöst durch Korrosion und Verwitterung, nicht mehr weitergenutzt und schnellstmöglich für den Zutritt gesperrt werden müssen.

Diese Gebäude dienten dem Betriebshof der Lagerung vorgenannter Güter, auch wenn dies eine kostengünstige Lagermöglichkeit war, so war doch schon viele Jahre von den Verantwortlichen nach einer anderen Lösung gesucht worden. Solange der Gebäudebestand auch statisch gesichert und sicher erschien, war kein Handlungsbedarf gegeben.

Nachdem die Sicherheit für die Mitarbeiter und auch die Trockenheit (Dächer wurden zunehmend undichter) der Lagergüter nicht mehr gegeben war, wurde mit Vorlage am 16.05.2012 vom Gemeinderat befürwortet eine zeitgemäße und wirtschaftliche Lagerhalle für Trockensalz zu erstellen. Der Finanzierungsvorschlag lautete, die ursprünglich für die Unterbringung der Hütten für den Christkindlesmarkt geplanten Investitionsbetrag in Höhe von 190.000 € für dieses Vorhaben umzuschichten. Dies wurde möglich, da die übergangsweise Unterbringung der CM-Hütten nach Auszug aus den Ulmiahallen, auf dem ehemals von der Firma Betzner genutzten Lager- und Produktionshallen bis Mit-

te 2014 gesichert werden konnte, siehe ergänzende Ausführungen unter 4. Vermögensplan.

#### Rückbau ehemalige der alten Klärwerksgebäude Mariatal:

Der Rückbau dieser nun nicht mehr vom Betriebshof genutzten Gebäuden sollte wegen des fortschreitenden Verfalls und den kontinuierlich teurer werdenden Abbruch und Entsorgungskosten nicht aus den Augen verloren werden, eine erstes Kostenangebot über die Größenordnung der Abriss und Entsorgungskosten liegt vor. Im Rahmen der Haushaltsanmeldungen wurde vom Betriebshof angeregt, den Abriss der alten Klärwerksgebäude in das Vorhabenprogramm der Stadt mit entsprechender von den Verantwortlichen festzulegender Priorität aufzunehmen. Im Rahmen der Finanzplanung der Stadt wurde diese Maßnahme in das Jahr 2016 mit 140.000 € eingeplant. Ob der Abriss, mit dem kontinuierlichen Verfall der Bausubstanz und eindringendem Wasser, so lange Aufschub duldet, kann ohne genaue Untersuchung nicht beurteilt werden. Mit Aufarbeitung der Grundlagen wird das AGM beauftragt (Reduzierung des Kostenrisikos und Entscheidungsfindung ).

#### **2.4. Tilgung Stadtdarlehen**

Seit dem Jahr 2008 wird die Tilgung des gewährten Stadtdarlehens mit einer jährlichen Rate von 70.000 € an den Kämmereihaushalt vorgenommen. Es ist geplant, das Gesellschafterdarlehen kontinuierlich zurückzuführen, bis das Darlehen den Stand bei Gründung des Eigenbetriebes 2001 in Höhe von 4.050.238 € wieder erreicht hat.

Der Betriebshof ist aus eigenem Interesse heraus bemüht diese Tilgung entsprechend des 2008 gefassten Beschlusses vorzunehmen, und mit dem Ziel das Gesellschafterdarlehen und die Zinsbelastung kontinuierlich zu reduzieren (dadurch reduziert sich die Zinszahlung an den Kämmereihaushalt pro Jahrestilgungsrate dauerhaft um ca. 3.500 €). In Abstimmung mit der Stadtkämmerei wird jährlich im Rahmen der Haushaltsberatungen die Machbarkeit der Tilgung überprüft, grundsätzlich wird jährlich ein fixer Betrag getilgt. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen wurde vom RPA mehrfach angeregt, von dieser grundsätzlichen Tilgungsregelung in Abstimmung mit der Stadtkämmerei begründet und im Einzelfall auch abweichen können.

#### **2.5. Personalwirtschaft**

Der Ausbildung und Qualifizierung von „jüngeren“ Mitarbeitern ist in den kommenden Jahren, bedingt durch Ausscheiden älterer Mitarbeiter mit sehr großem Erfahrungsschatz, besonderes Augenmerk zu schenken. Der Betriebshof hat aktuell 7 Ausbildungsplätze in den verschiedenen Ausbildungsjahren und Ausbildungsberufen.

Zum Jahresbeginn 2012 hat der Betriebshof einem jungen Menschen mit Behinderung die Chance gegeben in das Arbeitsleben einzutreten. Im Rahmen der Sitzung des Betriebsausschusses (11.05.2011) wurde darüber berichtet, nach grundsätzlichem Projektzuspruch wurde die für diesen guten Zweck erforderliche Stelle in den Stellenplan mit kw-

Vermerk eingeplant. Die finanzielle Förderung durch die Agentur für Arbeit bzw. das Integrationsamt beträgt unbefristet 50 %.

## **2.6. Interkommunale Zusammenarbeit im Bauhofsprengel Süd**

Im Rahmen der Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit wurden in 2011 und 2012 sehr weitreichende und gute Projekte unter Federführung von Ravensburg (Betriebshof und SPA/Zentrale Verfahrensstelle) durchgeführt, siehe Ausführungen unter 2.2 – Konsolidierungsbemühungen. Diese über die Stadtgrenzen hinausreichende Zusammenarbeit unter den Bauhöfen soll, so die Meinung der Bauhofleiter, weiter Bestand haben.

## **2.7. Öffentlichkeitsarbeit**

Nach Fertigstellung und Abschluss des Großteils der Bauprojekte im Betriebshof und Integration der Stadtgärtnerei wurde Mitte 2012 eine Imagebroschüre welche alle Aufgaben der Teams und den Betriebshofanforderungen sehr bildhaft für Kunden, Bürger und die Öffentlichkeit darstellt. Mit Unterstützung von 16 Lieferanten konnte diese 20 seitige Broschüre weitgehend kostenlos erstellt werden. Auch die sehr gut wirkende und die Zugehörigkeit der Fahrzeuge zeigende Werbelinie auf den Fahrzeugen der Teams soll mit überschaubarem Kostenaufwand konsequent weitergeführt werden.

## **3. Erläuterung zu Erfolgsplan und Erfolgsübersicht**

Der **Erfolgsplan** enthält alle vorhersehbaren Aufwendungen und Erlöse im Wirtschaftsjahr, die für den laufenden Betrieb erforderlich sind. Dies sind auf der Erlös- und Aufwandseite je 7.140.000 €. Außergewöhnliche Einnahme- bzw. Ausgabepositionen sind nicht enthalten. Somit liegen die Ansätze der Ämterbudgets (in der Summe) in der Planung für 2013 mit 7.140.000 Euro um 100.000 Euro über den Abrechnungsbeträgen bei den Gesamteinnahmen in Höhe von 7.050.445 Euro, was nur ca. 1.3 % entspricht.

### **Umsatzerlöse**

Der Betriebshof wird seit Eigenbetriebsgründung neben den Hauptaufgaben im hoheitlichen Bereich verstärkt bei Investitionsmaßnahmen und vielen anderen Projekten (z.B. Events) und Aufgaben des Vermögenshaushaltes eingebunden. Zusätzlich wird der Betriebshof stärker für Dritte (z. B. Rutenfestkommission, TWS, OberschwabenHallen GmbH, Privatpersonen und Unternehmen) tätig. Die Planansätze für Winterdienst gehen von einem durchschnittlichen Winter aus. Die Ansätze für die anderen Hauptaufgaben sind zurückhaltend kalkuliert worden und mit den Budgetverantwortlichen im Vorfeld zur Abgabe in den Ämtergesprächen abgestimmt worden.

Mit der Rückübertragung der Verwaltung und Betreuung der städtischen Mietwohnungen vom Siedlungswerk auf das AGM, wurde bereits



2010 mit einer Ausführungskooperation zwischen AGM und Betriebshof im Aufgabenbereich Mietwohnungssanierung, zunächst als Testphase, begonnen, diese Zusammenarbeit im Sinne der Aufgabenteilung hat sich 2011 und 2012 bewährt und soll fortgeführt werden. Das AGM erteilt dem Betriebshof die Aufgabe der Komplettsanierung einer kurzfristig freiwerdenden Mietwohnung mit festgelegtem Aufgabenbeschrieb, Zeitschiene und Kostenrahmen.

Die Abrechnungen an „Dritte“ (d. h. nicht hoheitliche Aufgaben) müssen seit 2006 zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer ausgefertigt werden. Die vereinnahmte Mehrwertsteuer wird als sogenannte Zahllast mit der monatlich abzugebenden Umsatzsteuervoranmeldung an die Finanzbehörde abgeführt. Der Umfang der an Dritte und Eigengesellschaften der Stadt erledigten Aufgaben liegt bei ca. 10 % des Gesamtumsatzes. In Höhe dieses %-Satz ist der Betriebshof im Rahmen der monatlichen Umsatzsteueranmeldungen vorsteuerabzugsberechtigt.

## **Aufwendungen**

### **Position 5: Aufwand für Lieferungen und Leistungen**

Die Höhe dieser Position hängt sehr stark von der Auftragsauslastung (und damit von Fremdvergaben und Materialeinkäufen) ab, die allgemeine Preisentwicklung bei den Einkaufspreisen wirkt sich bei dieser Position stark aus.

### **Position 6: Personalaufwand**

Im ausgewiesenen Personalaufwand in Höhe von 4.400.000 € sind alle Personal- und Personalnebenkosten der im Betriebshof befristet oder unbefristet beschäftigten Mitarbeiter enthalten. Nicht enthalten sind die Kosten für Leiharbeitnehmer. Der Gesamtpersonalaufwand ist gegenüber 2012 trotz der Tarifsteigerung nahezu unverändert, dies ist so darstellbar weil in den letzten Jahren verstärkt jüngere Mitarbeiter mit geringeren Entgeltstufen eingestellt wurden. Die Arbeitgeberaufwendungen für Personal beinhalten die vom Haupt- und Personalamt mitgeteilte Tarifsteigerung der Tarifrunde 2012 welche auf das Jahr 2013 entfällt (01.01.2013 und zum 01.08.2013 jeweils 1,4 %).

Der Aufwand für abgeschlossene und laufende Altersteilzeitverträge, wird auf den Personalaufwand verbucht, befinden sich Mitarbeiter in der Freiphase, bzw. laufen ATZ-Verträge aus, dann wirkt sich der Abbau von Rückstellungen personalkostenreduzierend. Der letzte Altersteilzeitvertrag läuft im Februar 2015 aus. Zum 01.01.2013 sind im Betriebshof noch 3 Altersteilzeitverträge abgeschlossen, davon befinden sich alle 3 Mitarbeiter in der Freiphase.

### **Position 7: Abschreibungen**

Durch die Erwirtschaftung der Abschreibungen im Rahmen der Leistungserbringung stehen diese Beträge dem Betriebshof zur Investition und Ersatzbeschaffungen zur Verfügung.

Während der Abarbeitung des vom Gemeinderat beschlossenen Bauinvestitionsprogrammes in den 6 Jahren von 2006 - 2012, musste ein Teil dieser Mittel für baubegleitende Eigenmaßnahmen des Betriebshofs und zur Abdeckung unvorhergesehener Kostensteigerung herangezogen werden. Nach Abschluss der Maßnahmen soll wieder verstärkt Augenmerk der Aktualität des Fahrzeug- und Maschinenparks geschenkt werden. In den Zeiten der Umsetzung der vorgenannten Baumaßnahmen, musste die eine oder andere Ersatzbeschaffungsmaßnahme daher verschoben werden.

#### **Position 8: Sonstige betriebliche Aufwendungen**

In dieser Position werden alle sonstigen, nicht direkt mit der Leistungserstellung zusammenhängenden (fixen) Kosten, auch Umlagen und Kostenumlagen und Erstattungen an die Stadt gebucht.

Die **Erfolgsübersicht** ist lediglich eine Darstellungsform nach „Betriebszweigen“ (im Betriebshof nach Teams). Sie bildet in der Spaltenübersicht die Zahlen des Erfolgsplanes ab. Bis Anfang 2005 wurde entsprechend der Aufbauorganisation diese Aufteilung nach Sachgebieten vorgenommen, ab 2006 ist die Teamstruktur in der Erfolgsübersicht abgebildet worden. Seit 2008 wird diese Erfolgsübersicht aus dem Controllingverfahren DS automatisch generiert und fortgeschrieben. Für die Planung des Folgejahres werden v.a. die Ist-Zahlen des zurückliegenden und abgeschlossenen Geschäftsjahres (hier 2011) als Basis herangezogen.

#### **4. Erläuterungen zum Vermögensplan**

Der Vermögensplan nach § 2 EigBVO enthält die verfügbaren Mittel (Einnahmen) und die benötigten Mittel (Ausgaben) eines Wirtschaftsjahres, welche für den investiven Bereich erforderlich sind. Dies sind auf der Einnahmen- und Ausgabenseite je 445.000 €.

Den Abschluss des gesamten Paketes bildete die durch Gemeinderat am 19.07.2010 beschlossene Umsiedlung der Stadtgärtnerei mit Bau eines neuen Glasgewächshauses auf dem Lagerplatz Schubertstraße (siehe GR Beschluss 11.05.2010). Für diese vorgenannte Maßnahme wurden vom Gemeinderat Mittel in Höhe von 205.000 € bereitgestellt. Ursprünglich war geplant mit der vorgenannten Umsiedlung der Stadtgärtnerei den Großteil des Bauinvestitionsprogrammes bis Ende 2011 abzuschließen. Bedingt durch die nicht unerheblichen zeitlichen Verzögerungen (ca. 9 Monate) welche im Zuge der Räumungsklage der ehemaligen Wohnung im 1. OG des Sozial und Verwaltungsgebäudes hingenommen werden mussten, sowie durch schwierige Untergrundverhältnisse erforderliche Gutachten (Tragfähigkeit und Altlasten) auf dem Lagerplatz Schubertstraße, konnten diese Hauptbaumaßnahmen statt Ende 2011 erst Ende 2012 abgeschlossen werden.

Entsprechend der früheren Abwicklung von Bauabschnitten, werden die erforderlichen Mittel im städtischen Vermögenshaushalt veranschlagt, vom AGM verwaltet und die Kosten verbucht. Nach Fertigstellung wer-

den die Anlagen an den Betriebshof übergeben und bilanziert. Die zur Finanzierung benötigten Mittel erhält der Betriebshof über eine entsprechende Aufstockung des städtischen Gesellschafterdarlehens, welches jährlich grundsätzlich mit 70.000 € pro Jahr vom Betriebshof getilgt wird. In begründeten Ausnahmefällen, kann in Abstimmung mit der Stadtkämmerei von diesem Grundsatz abgewichen werden, z.B. bei unvorhergesehenem Ausfall eines Fahrzeuges und Gerätes.

Zur Haushaltsanmeldung 2012, im Vermögensplan 2012 des Betriebshofs, war ursprünglich geplant, ausgelöst durch den Abriss der Ulmia-Lagerhallen im Mai 2012, sowie dem Bedarf an weiteren Ersatzlagerflächen (u. a. für Rathausbühne, Büromöbel, Requisiten, Weihnachtshütten), im Jahr 2012 Ersatzlagerflächen mit einer Gesamtfläche von ca. 600 qm auf dem Lagerplatz Mariatal zu errichten. Abgesichert werden sollte die Finanzierung durch eine 10-Jahresmietvertrag mit dem AGM. Diese ursprünglich für 2012 geplante Maßnahme konnte aufgeschoben werden, denn die Büromöbel, die Fundfahrräder und andere Lagergüter, konnten im Untergeschoss des Parkhaus Raueneegg, welches seit Umzug der Gärtnerei in die Goethestraße, im November 2011 leerstand, untergebracht werden. Die bisher in den Ulmia Hallen untergebrachten Hütten, sind seit September 2012 in den ehemaligen Werkhallen des Unternehmens Betzner für max. 2 Jahre untergebracht worden.

Die für Ersatzbeschaffungsmaßnahmen Großgeräte, Maschinen und Fahrzeuge erforderlichen Investitionsmittel werden mit der dem Gemeinderat im Zuge der Wirtschaftsplanberatung vorgelegten Gesamtbeschaffungsliste freigegeben.

## **A. Verfügbare Mittel (Einnahmen)**

### **1. Abschreibungen**

Werden durch die Leistungsverrechnung (Verrechnung von Fahrzeugen und Geräten) erwirtschaftet und stellen Re-Finanzierungsquelle für Ersatzinvestitionen dar.

### **2. Verkäufe von Anlagegütern**

Summe der Rücknahmewerte von Altgeräten die durch Ersatzbeschaffungen abgegeben werden können.

### **3. Jahresgewinn**

Wert muss in der Wirtschaftsplanung grundsätzlich mit „0“ angesetzt werden.

### **4. Finanzierungsmittel**

In 2013 keine zusätzlichen Investitionsmittel für Baumaßnahmen erforderlichen.

## **B. Benötigte Mittel (Ausgaben)**

Mittel für die verschiedenen Fahrzeug- und Gerätearten, die Gliederung und Aufteilung dient der Klarheit der Verwendung der Finanzmittel.

## **1. Bauinvestitionskonzept:**

### **Keine Ansätze**

#### **1.1. Tilgung Gesellschafterdarlehen Stadt:**

Die durch GR – Beschluss vereinbarte Tilgung beträgt grundsätzlich 70.000 € im Jahr. Bei begründetem Anlass und nach Vereinbarung mit der Stadtkämmerei kann von diesem Grundsatz in Ausnahmefällen abgewichen werden. Zusätzlich zur vorgenannten Tilgungssumme kommen 7.000 € Tilgung für die Rückführung der Finanzierungsmittel für die Salzhalle mit dem Jahr der Fertigstellung und Inbetriebnahme der Halle hinzu. Der Abschluss der Maßnahme bleibt abzuwarten.

#### **1.2. Baubegleitende Maßnahmen**

Eigenarbeiten an den Gebäuden des Betriebshofs.

#### **2. Einrichtung, Ausstattungen (für Lager und Werkstätten)**

Lagerausstattung, Einrichtung Gärtnerei usw.

#### **3. Verleih-Artikel (der Teams)**

#### **4. Geringwertige Wirtschaftsgüter**

Anschaffung Klein- / Handgeräten für die Arbeiten in den Teams.

#### **5. Großgeräte / Maschinen (Anschaffungswert > 5.000 €) z. B.**

Baugeräte, Mäher, Schlepper, Mehrzweckfahrzeuge usw.

#### **6. Geräte und Maschinen (Anschaffungswert < 5.000 €)**

Verschiedene Geräte die von den Teams benötigt werden.

#### **7. Fahrzeuge**

Die vorgeschlagenen Ersatzinvestitionen für Fahrzeuge und Geräte orientieren sich am tatsächlichen Bedarf. Diese Investitionen sind für die Erhaltung eines angemessenen technischen Zustandes der Fahrzeuge und Geräte und vor allem die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebs unabdingbar.

#### **8. Soft- und Hardware**

Anschaffung eines Zusatzmodul für das interne Rechnungs- und Berichtswesens (Business Intelligenz), zur Verbesserung des Auswertungs- und Berichtswesens im Controlling.

## **5. Erläuterungen zum Finanzplan 2013 – 2016**

Der Finanzplan stellt die Übersicht über die Entwicklung der Finanzierungsmittel und des Finanzierungsbedarfes über mehrere Jahre dar. Der auf 4 Jahre ausgelegte Finanzplan nach § 4 (1) EigBVO ist grundsätzlich wie der auf ein Jahr begrenzte Vermögensplan aufgebaut und wird bei neuen Erkenntnissen und auf der Basis der Vergangenheitswerte jährlich geprüft und gegebenenfalls angepasst.

## 6. Erläuterungen zu Stellenübersicht und Nachwuchskräften

Die Stellenübersicht nach § 3 der EigBVO enthält alle Stellen des Betriebshofs. Die Stellenübersicht ist nach der Organisationsstruktur aufgebaut und gliedert sich entsprechend der eingeführten Teamstruktur, die Aufteilung nach Arbeitern und Angestellten ist seit Einführung des TVöD im Jahr 2005 entfallen.

Die Personalkostenhochrechnung des Erfolgsplanes enthält neben den Personalkosten und -nebenkosten der unbefristet Beschäftigten, auch den Personalaufwand für befristete Arbeitsverhältnisse (z. B. Saisonarbeiter, Zivildienstleistende und die Summe der Ausbildungsvergütungen). Bisher waren im Betriebshof im Rahmen von „flexiblen“ Arbeitsverhältnissen, eine je nach Anforderung wechselnde Anzahl von Saisonkräften, Zivildienstleistenden, „Strafe-Abarbeitende“, Praktikanten, 1-Euro-Jobber, Asylbewerbern beschäftigt.

Diese flexible Beschäftigungsverhältnisse müssen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung auf den Prüfstand gestellt werden, jedoch kommt der Betriebshof damit seiner gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber solchen Personen nach und daher sollen diese in überschaubarem Umfang weiter beibehalten werden, aus solchen Beschäftigungen gingen schon einige Festanstellungen hervor.

In den Jahren der "Hochkonjunktur" sind die Anforderungen an den Betriebshof hinsichtlich der terminlich flexiblen Abwicklung der Aufgaben hoch, diese Beschäftigungsverhältnisse unterstützen diese Bemühungen. Die Stellenzahl 2013 ist gegenüber dem Jahr 2012 mit 82,6 Stellen unverändert.

### **Nachwuchskräfte:**

Der Ausbildungskampagne und der Aufforderung der Politik verstärkt Ausbildungsplätze im Handwerksberuf auszubilden ist der Betriebshof seit 2003 überdurchschnittlich nachgekommen und hat sukzessive zusätzliche Ausbildungsangebote für junge Menschen geschaffen.

Beginnend mit der Ausbildung (m/w) zum Bürokaufmann im Jahr 2001, setzte sich das Engagement in die betriebliche Ausbildung 2002 mit dem Straßenbauer fort. Ab 2003 wurden die Ausbildungsberufe Tischler und Kraftfahrzeugmechatroniker aufgenommen. Im Jahr 2005 begann die Gärtnerei im ersten Ausbildungsdurchgang zum Gärtner (Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau). Ab 2007 wurden erstmalig eine Fachkraft für Lagerlogistik und ein Straßenwärter ausgebildet. Somit bildet der Betriebshof nun in 7 v.a. Handwerksberufen aus.

Im Ausbildungsjahr 2012/2013 befinden sich im Betriebshof 7 junge Menschen in der betrieblichen Ausbildung, gemessen an der Gesamtbeschäftigtenzahl ist dies eine ansehnliche Ausbildungsquote.

Allgemein und auch durch eigene Erfahrung nachvollziehbar, wird in der Handwerkerausbildung beklagt, dass bei den Hauptschulabgängern die Zahl derer steigt, welche eine mangelnde Ausbildungsreife mitbringen. Dies erschwert die Ausbildung sehr bzw. macht sie teilweise unmöglich. Auch im Betriebshof haben so einzelne Fälle zum Misserfolg geführt. Nach Lösungen suchend wurde Mitte 2012 mit der Neuwiesenschule erste Kontakte hinsichtlich einer Bildungspartnerschaft geknüpft.

Zwischen Betriebshof und NW-Schule gibt es eine Absichtserklärung einer engeren Zusammenarbeit im Bereich des Angebotes von betrieblichen Praktika. Im Rahmen solcher Praktika können grundsätzlich in Frage kommende Ausbildungsinteressenten noch besser auf ihre persönliche Eignung hin getestet werden.

Bei unserer Betriebsgröße und -ausrichtung (Vielschichtigkeit) und den ständig steigenden Anforderung an die Teams, stellt dieses vorgenannte Problem eine nicht geringe Belastung für die verschiedenen Handwerksmeister zusätzlich zum Tagesgeschäft dar. Dennoch kommt unser Betrieb der Aufforderung aus Gesellschaft und Politik verstärkt Ausbildungsplätze anzubieten nach.

### **Grundsätzliche Bedeutung der Ausbildung für den Betriebshof:**

Der Ausbildung und Qualifizierung von „jüngeren“ Mitarbeitern ist in den kommenden Jahren besonderes Augenmerk zu schenken, weil in den nächsten 10 Jahren beim Betriebshof ca. 30 % der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Dies bedeutet einen „Weggang“ von wichtigem Erfahrungsschatz, in den 3 Jahren der Ausbildung kann einiges Wissen von diesen Auszubildenden aufgenommen und transportiert werden. Die Ausbildung im Betriebshof bietet die Chance motivierte und speziell für Bauhofanforderung ausgebildete junge Facharbeiter weiter zu beschäftigen und auch das übergebene Wissen im Betrieb zu halten. Im Anschluss an einen erfolgreichen (mindestens Durchschnittlichen, Note 3) Ausbildungsabschluss, wird bei Eignung den Auszubildenden eine auch wenn zunächst nur für 1 Jahr befristete Anstellung angeboten. In diesem Jahr kann der Berufsanfänger für die weitere berufliche Laufbahn wichtige Berufserfahrung sammeln. Im Bereich der kaufmännischen Auszubildenden (Bürokaufmann m/w) konnte der Betriebshof in dem einen oder anderen Fall, sehr gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte an die Hauptverwaltung zur Deckung von Personalbedarf abgeben.

Die Ausbildungsplätze werden nur noch dann besetzt, wenn für den jeweiligen Ausbildungsberuf ein geeigneter und den Anforderungen gewachsener Bewerber vorhanden ist. Ein Abbruch während der Ausbildung, oder ein nicht erfolgreicher Abschluss nützt weder dem Auszubildenden, noch den für die Berufsausbildung Verantwortlichen. Um dieses Auswahlrisiko zu minimieren, wurde vom Betriebshof in Abstimmung mit der Personalvertretung und Hauptverwaltung, ein auf Handwerksberufe zugeschnittenes Auswahlverfahren mit gutem Erfolg eingeführt.